

V7 My body, my choice! - Blühende Landschaften für reproduktive Rechte

Antragsteller*in: Antonia Groß

Tagesordnungspunkt: 4. V-Anträge

1 Die GRÜNE JUGEND Sachsen begrüßt die von der Bundesregierung bereits
2 vorgenommenen Schritte im Bereich der reproduktiven Selbstbestimmung durch die
3 Abschaffung des §219a StGB. Dies kann jedoch nur ein gelungener Anfang sein. Mit
4 Blick auf die reproduktive Selbstbestimmung haben wir noch einen weiten Weg vor
5 uns.

6 Global gesehen stehen wir vor einem massiven Angriff auf reproduktive Rechte.
7 Die Auswirkungen erstrecken sich insbesondere auf FINTA*-Personen. Wir
8 solidarisieren uns mit den weltweiten Kämpfen für reproduktive Selbstbestimmung,
9 denn egal ob USA, Polen oder bei uns: My body, my choice gilt immer und überall!

10 Auch bei uns in Deutschland und in Sachsen sind wir noch weit von wirklicher
11 reproduktiver Selbstbestimmung entfernt. Die GRÜNE JUGEND Sachsen beschließt
12 daher:

Schwangerschaftsabbrüche raus aus den Strafgesetzen!

14 Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen gehören nicht ins StGB. Wir fordern die
15 ersatzlose Streichung der §§218, 218a, 218b, 218c, 219, 219b.

16 Wir fordern Bündnis 90/ Die Grünen Sachsen und deren Regierungsmitglieder dazu
17 auf, eine entsprechende Vorlage in den Bundesrat einzubringen. Wir fordern die
18 Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf, entsprechend auf die Koalition
19 einzuwirken und eine Gesetzesvorlage zur Streichung der §§218, 218a, 218b, 218c,
20 219, 219b in den Bundestag einzubringen. Gegebenenfalls entstehende
21 Gesetzeslücken sollen in den Sozialgesetzen geschlossen werden.

Bessere Versorgung für alle!

23 Immer noch müssen ungewollt Schwangere oft lange Wege auf sich nehmen, um
24 Beratungsgespräch und Abbruch durchzuführen. Ein legaler Schwangerschaftsabbruch
25 sollte allen Menschen, auch im ländlichen Raum, uneingeschränkt und barrierefrei
26 zugänglich sein. Insbesondere dort fehlen jedoch die entsprechenden
27 Einrichtungen und Ärzt*innen. Die Landkreise sowie der Freistaat Sachsen müssen
28 eine ausreichende Versorgung sicherstellen und gegebenenfalls durch Anreize sie
29 aktuelle Situation verbessern. Hier ist insbesondere in Ostsachsen
30 Handlungsbedarf gegeben.

31 Eine diskriminierungsfreie medizinische Versorgung von trans* Personen muss
32 gewährleistet werden.

Stigmatisierung von ungewollt Schwangeren beenden!

34 Für ungewollt Schwangere gilt in Deutschland eine Beratungspflicht. Viele
35 empfinden diese als stigmatisierend. Wir fordern die verpflichtende Beratung
36 durch ein freiwilliges, ideologiefreies und kostenfreies Beratungsangebot zu
37 ersetzen. Die Wartezeit zwischen Beratung und Abbruch muss ersatzlos gestrichen
38 werden.

39 Die Beratungsstellen müssen auch für die Situation von trans* Menschen
40 sensibilisiert werden. Der Freistaat Sachsen muss in seinen Beratungsstellen für
41 entsprechende Fort- und Weiterbildungen sorgen.

42 **Schwangerschaftsabbrüche sind Gesundheitsvorsorge!**

43 Schwangerschaftsabbrüche gehören zur Gesundheitsvorsorge. Als solche fordern wir
44 die uneingeschränkte Kostenübernahme für Eingriffe von der Krankenkasse, ohne
45 dass es gesonderter Anträge auf Kostenübernahme bedarf. Ebenfalls fordern wir
46 die kostenfreie Abgabe der „Pille danach“.

47 Kliniken in öffentlicher Trägerschaft müssen Schwangerschaftsabbrüche
48 durchführen. Sie haben dafür zu sorgen, dass das entsprechende Personal
49 vorhanden ist. Wir fordern Bündnis 90/Die Grünen dazu auf, auf die Kliniken in
50 kommunaler Trägerschaft hinzuwirken, Personal einzustellen und auszubilden, das
51 zur Ausführung von Schwangerschaftsabbrüchen bereit ist.

52 **Schwangerschaftsabbrüche in die gynäkologische Ausbildung!**

53 Schwangerschaftsabbrüche spielen in der medizinischen Ausbildung kaum eine
54 Rolle. Wir fordern, dass sich angehende Mediziner*innen verpflichtend mit
55 Schwangerschaftsabbrüchen auseinandersetzen müssen. Dies muss über eine rein
56 theoretische Beschäftigung mit der Thematik hinausgehen.

57 Wir fordern Bündnis 90 /Die Grünen Sachsen auf gemeinsam mit der Sächsischen
58 Landesärztekammer auf eine Änderung der Weiterbildungsordnung hinzuarbeiten, um
59 die Durchführung Schwangerschaftsabbrüche als verpflichtenden Bestandteil der
60 Weiterbildung zur*m Fachärzt*in für Frauenheilkunde und Geburtshilfe zu
61 etablieren.

62 **Echte Alternativen schaffen – Schwangere und Eltern unterstützen!**

63 Es braucht wirkliche Alternativen, um Schwangere und Eltern zu unterstützen: „It
64 takes a Village to raise a child“ ist nicht nur eine Phrase. Schwangere und
65 Eltern müssen angemessen finanziell und durch die Schaffung von Infrastruktur
66 unterstützt werden. Wir fordern daher die Einführung einer Kindergrundsicherung,
67 die deutlich über dem derzeitigen Kindergeldsatz liegt. Außerdem fordern wir,
68 dass die KiTa-Platz-Garantie endlich auch faktisch umgesetzt wird, hierzu
69 braucht es u.a. eine neue Bedarfsplanung.

70 Schwangere, die in gewaltvollen Umgebungen und Beziehungen leben, bedürfen
71 besonderen Schutzes. Wir erkennen an, dass die Landesregierung bereits eine
72 aktualisiertes Gewaltschutzkonzept vorgelegt hat. Die Plätze in
73 Gewaltschutzeinrichtungen wie Frauenhäusern sind jedoch immer noch nicht
74 ausreichend und ungleich verteilt. Wir fordern die Schaffung von zusätzlichen
75 Gewaltschutzeinrichtungen, insbesondere im ländlichen Raum. Auch hier sehen wir
76 besonders in Ostsachsen noch Defizite.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Anne Katrin Rußbeck (KV Dresden); Charlotte Henke (KV Dresden); Fay Uhlmann (KV Dresden); Ella Vida Saule Hanewald (LV Grüne Jugend Sachsen); Sophie Scholta (LV Grüne Jugend Sachsen); Carolin Astrid Renner (KV Görlitz); Paul Löser (LV Grüne Jugend Sachsen); Quentin Kügler (LV Grüne Jugend Sachsen); Helena Schnettler (KV Görlitz); Phil Sieben (KV Görlitz); Charlotte Plagemann (LV Grüne Jugend Sachsen)